

AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

5. Mai 2020
10.2020

725 000 Betriebe haben bis Mitte April Kurzarbeit angemeldet. Dadurch können sie sich die Lohnkosten und Sozialversicherungsbeiträge vollständig von der Arbeitsagentur erstatten lassen. Zusätzlich stellt die Regierung für Unternehmen 750 Milliarden Euro für Kapitalbeteiligungen, Kredite und Staatsgarantien bereit. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz rechnet trotzdem mit 44 Milliarden Euro Gewinnausschüttung in diesem Jahr. Aber wieso werden Gewinne ausgeschüttet und gleichzeitig Staatshilfen beantragt? Ein vermeintliches Argument bringt das Handelsblatt: Die Dividenden seien die Gewinnbeteiligung für das vergangene Jahr – und die Geldsorgen in diesem Jahr etwas ganz anderes. Doch die Vorstände und Hauptversammlungen entscheiden in diesem Jahr, was mit den Gewinnen passieren soll: ausschütten an Aktionäre oder zurück ins Unternehmen investieren. Das Geld, so scheint es, wird eigentlich in den Unternehmen gebraucht. Die Beschäftigten bei BMW erhalten etwa derzeit nur 80 Prozent ihres Lohns. Die 60 Prozent Kurzarbeitergeld werden durch Anrechnung ihres Urlaubsgeldanspruchs aufgestockt. Statt einer Gewinnprämie, die an die Dividendenausschüttung gekoppelt ist, könnte das Unternehmen den Beschäftigten besser den vollen Lohn zahlen.

Steuergelder für Milliardäre

Die Unternehmen wollen sich als »verlässliche Partner am Kapitalmarkt« erweisen, schreibt das Handelsblatt. Mit Steuergeldern und dem Geld der Arbeitslosenversicherung wird das ermöglicht. BMW will mehr als 1,6 Milliarden Euro an seine Aktionär*innen ausschütten. Fast die Hälfte davon an die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt, denen 46 Prozent der Anteile an Unternehmen gehören. Daimler plant Gewinnausschüttungen von über einer Milliarde Euro, während die Arbeitslosenversicherung die Löhne der 170 000 Beschäftigten zahlt. Auch Volkswagen und Continental planen Dividendenausschüttungen und lassen sich die Löhne vom Staat bezahlen. Das von den pandemiebedingten Einschränkungen besonders betroffene Reiseunternehmen TUI zahlt ebenfalls Dividenden – und bekommt von der KfW einen

Wer Geld für Dividenden hat, darf keine Staats-hilfen bekommen

| Unternehmen | Staatliche Hilfe | Gewinn 2019 | Dividende |
|-----------------|---|---------------|---------------|
| BMW AG | Kurzarbeit für 20 000 Beschäftigte | 5 Mrd. € | 1,64 Mrd. € |
| Daimler AG | Kurzarbeit für 170 000 Beschäftigte | 2,7 Mrd. € | 1,08 Mrd. € |
| Volkswagen AG | Kurzarbeit für 80 000 Beschäftigte | 19,3 Mrd. € | 4,73 Mrd. € |
| TUI AG | KfW-Kredit über 1,8 Mrd. Euro 6 Mon. Kurzarbeit für 70 000 Beschäftigte | 416,2 Mill. € | 145,7 Mill. € |
| Helios Kliniken | 560 € Tagespauschale für freistehende Betten 50 € / Patient für erhöhten Materialbedarf Erhöhung der tägl. Pflegeentgelte auf 185 € | 670 Mill. € | 468 Mill. €* |

* Angaben beziehen sich auf die Fresenius SE & Co. KGaA, den Mutterkonzern von Fresenius Helios. Die Fresenius Helios wiederum besteht aus beiden Klinikgruppen Helios in Deutschland und Quirónsalud in Spanien und Lateinamerika.

Kredit über 1,8 Milliarden Euro und die Lohnkosten für seine 70 000 Beschäftigten erstattet. Die privaten Krankenhauskonzerne bekommen öffentliche Gelder für freie Betten und pandemiebedingten Mehrbedarf – trotzdem wollen sie Dividenden bis zu 670 Millionen Euro an die Eigentümer*innen zahlen. Und auch der Versicherungskonzern Allianz will Dividenden zahlen, obwohl die EU-Versicherungsbehörde EIOPA angesichts der Corona-Krise aufgefordert hat, Dividendenzahlungen zu stoppen.

DIE LINKE fordert:

- Keine Auszahlungen von Dividenden an die Aktionäre! Unternehmen, die Staatshilfen oder -garantien bekommen, dürfen keine Profite an die Eigentümer*innen auszahlen und auch keine Aktien zurückkaufen.
- Keine Corona-Hilfen an Unternehmen mit Sitz in Steueroasen! Dänemark macht das bereits vor.
- Obergrenzen für die Gehälter der Vorstände! Die Gehälter für Vorstände und Manager*innen von Unternehmen, die staatliche Hilfen oder Garantien bekommen, sind auf das 20-fache der niedrigsten Gehälter im Unternehmen zu begrenzen.
- Keine Boni für das Management! Unternehmen, die Staatshilfen oder -garantien bekommen, dürfen keine Boni und andere Sonderzahlungen an das Management ausgeben.
- Kündigungsschutz für die Beschäftigten! Alle Unternehmen, die öffentliche Unterstützung erhalten, müssen sich zum Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen verpflichten.
- Soziale und ökologische Auflagen! Staatliche Hilfen sind an soziale und ökologische Kriterien gebunden (z. B.

Einhaltung des Mindestlohns, Abschluss von Tarifverträgen, Ausweitung der Mitbestimmung, Umstellung auf umweltverträgliche Produktionsprozesse, Senkung des CO₂-Ausstoßes u.a.)

■ Mitentscheidung bei Kapitalbeteiligung! Bei einer staatlichen Kapitalbeteiligung an Unternehmen muss der Staat bzw. die öffentliche Hand die Möglichkeit haben, die Entscheidungen und den Kurs des Unternehmens mitzubestimmen.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.